Gewalt

Wenn Kinder wie Kriminelle fixiert werden

Viele der betroffenen Kinder mussten in der Vergangenheit bereits traumatische Erfahrungen machen (Symbolbild). (c) Die Presse (Clemens Fabry)

23.01.2023 um 08:02

von **Valerie Heine**

Vertretungsorganisationen schlagen Alarm: In betreuten Wohngemeinschaften würden Kinder und Jugendliche mit polizeilichen Sicherungsmaßnahmen festgehalten.

Wien. Wird ein zwölfjähriges Kind eine Stunde lang in Bauchlage festgehalten, dann klingt das zumindest nach einer sehr drastischen Maßnahme.

Umso problematischer wird das Ganze, wenn es sich um ein Mädchen handelt, das in der Vergangenheit sexuellen Missbrauch durch die eigene Familie erfahren musste. In einer betreuten Wohngemeinschaft für Kinder und Jugendliche ist genau das unlängst geschehen. Laut einem Sachverständigen hatte der Vorfall für das betroffene Mädchen eine „massive Retraumatisierung“ zur Folge.

Der Vorfall ist kein Einzelfall, wie das „Vertretungsnetz" bemängelt. Dem Verein wurden im

NEUER ARTIKEL | BEARBEITEN (Alt-E) | DUPLIZIEREN CMS [valhei]

handelte es sich um Fixierungen, sagt Grainne Nebois-Zeman, stellvertretende Fachbereichsleiterin bei der Bewohnervertretung des Vereins, zur „Presse“. So komme es etwa immer häufiger vor, dass Kinder in Sonderschulen oder Wohngemeinschaften bei Impulsdurchbrüchen über einen längeren Zeitraum hinweg in Klassen- oder Bewegungsräumen festgehalten würden. Auch das „Ruhigstellen“ mit sedierenden Medikamenten ist laut der Expertin immer häufiger unter den gemeldeten Fällen.

Der Verein "Vertretungsnetz"...

... soll im **Auftrag des Justizministeriums** sicherstellen, dass freiheitseinschränkende Maßnahmen wie Gurtfixierungen oder auch die Unterbringung in „Timeout-Räumen“ nur innerhalb des **gesetzlichen Rahmens** angewandt werden. Maßgeblich ist dabei die Ermangelung von **Alternativen**.

Vertrauensbrüche hinterlassen Narben

Aufgrund negativer Erfahrungen mit Vertrauenspersonen sind die Betreuenden in den Einrichtungen oftmals die einzigen erwachsenen Bezugspersonen für viele Kinder. Körperliche Übergriffe durch das Betreuungspersonal stellen „Vertrauensbrüche“ und eine „Form der Gewalt“ dar, die die weitere Arbeit mit den Betroffenen stark behindern kann, sind sich Sachkundige einig.

Durch das Heimaufenthaltsgesetz sind freiheitseinschränkende Maßnahmen seit vier Jahren rechtlich gedeckt. Maßgeblich dabei ist aber, dass die Maßnahme alternativlos ist, betont Expertin Nebois-Zeman. In vielen der gemeldeten Fälle sei das laut Sachverständigen aber nicht der Fall.

Die Kinder- und Jugendorganisationen, die betreute Wohngemeinschaften zur Verfügung stellen, halten sich auf Nachfrage der „Presse“ bedeckt. Zu den Vorwürfen gäbe es keinerlei „Wahrnehmung oder Rückmeldung“, heißt es vom Verein Pro Juventute. Neben Deeskalationsschulungen gebe es regelmäßige Gespräche mit Experten, die „Inputs für das Verhalten von Personal in pädagogisch herausfordernden Situationen einbringen“.

Die Organisation Jugend am Werk betont auf Anfrage, dass in ihren Häusern keine „körperlichen Fixierungen jeglicher Art“ stattfänden. Ein Zuwiderhandeln würde zu dienstrechtlichen Konsequenzen führen, denn Gewalt werde „nicht geduldet“, egal, in welcher Form. Dennoch könne es immer zu Situationen kommen, in denen die Polizei angefordert wird. Das sei im vergangenen Jahr aber weniger als einmal pro Monat notwendig gewesen.

Überlastung führt zu Fehlern

Ein landesweiter Lokalaugenschein der Volksanwaltschaft in sozialpädagogischer Wohngemeinschaften für Kinder und Jugendliche zeichnete bereits im Herbst ein erschreckendes Bild von Personalmangel und überforderten Betreuungspersonen, **wie die „Presse“ ausführlich berichtete**. In 41 Prozent der Einrichtungen kam es innerhalb des Untersuchungszeitraums von April bis Oktober zu Polizeieinsätzen, weil die Erziehungsbeauftragten **ihren Aufgaben nicht mehr gewachsen waren**. Betreuerinnen

NEUER ARTIKEL | BEARBEITEN (Alt-E) | DUPLIZIEREN CMS [valhei]

Corona-Erkrankungen - innerhalb von Wohngemeinschaften über lange Zeiträume hinweg isoliert wurden.

Hauptgrund für manche unverhältnismäßige Maßnahme ist laut Sachkundigen die Überforderung des Personals, ausgelöst durch den Fachkräftemangel und die dadurch bedingte mangelnde Ausbildung der aktiven Betreuenden. Deeskalationsschulungen für das Betreuungspersonal gibt es zwar, jedoch sind diese laut dem Vertretungsnetz mangelhaft. Im Fokus dieser Lehrgänge stehen polizeiliche Sicherungs- und Fixierungstechniken, die für den Umgang mit gewalttätigen Erwachsenen entwickelt wurden.

Die Expertin Nebois-Zeman bestätigt, dass die Schulungen für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen nicht passend sind. Gerade bei Kindern und Jugendlichen mit traumatischen Erfahrungen würde man durch freiheitsbeschränkende Maßnahmen „Entwicklungschancen vergeben“, betont auch die Fachbereitsleiterin von Vertretungsnetz, Susanne Jaquemar.

„Bashing" ist nicht förderlich

Der Österreichische Berufsverband der Sozialen Arbeit (OBDS) bestätigt gegenüber der „Presse“, dass „strukturelle Mängel und die Personalknappheit“ zu einer **„permanenten Be- und Überlastung der Fachkräfte“** und in weiterer Folge zu einer „Branchenflucht“ führen. Laut OBDS sei es außerdem dringend notwendig, die Ausbildungsplätze an den Fachhochschulen aufzustocken. Derzeit kann aufgrund des Mangels an Studienplätzen nur ein Bruchteil der Interessierten aufgenommen werden.

Auch Nebois-Zeman sieht im Bereich der Ausbildung Verbesserungspotenzial. Die mangelhafte pädagogische Kenntnis sei „auch ausschlaggebend“ für Fehlentscheidungen bei der Freiheitseinschränkung.

In die gleiche Kerbe schlägt Christine Schmid, Lehrgangsleiterin für Sozialpädagogik an der **FH St. Pölten**: „28 Prozent sind ohne adäquate Ausbildung – das ist alarmierend“, sagt sie der „Presse“. Dabei brauche es dringend „gefestigte Personen, die auch in hochemotionalen Situationen auf ein gutes Methodenrepertoire zurückgreifen können“. Alles in allem würden die Kolleginnen und Kollegen aber einen „guten Job in einem sehr herausfordernden Feld machen“, betont Nebois-Zeman.

>> **Zum Bericht der Volksanwaltschaft „Präventive Menschenrechtskontrolle 2021"**

>> **Die Volksanwaltschaft über die Aus- und Weiterbildung des sozialpädagogischen Personals**

NEUER ARTIKEL | BEARBEITEN (Alt-E) | DUPLIZIEREN CMS [valhei]